

**01.08.2014**

## **Stellungnahme des Vorstandes des Deutsch-Russischen Management-Netzwerkes e.V.**

Der DRMN e.V. ist die Alumni-Vereinigung des Weiterbildungsprogramms für deutsche Manager in Russland **Fit für das Russlandgeschäft** ("Präsidentenprogramm"). Unsere mehr als 90 Mitglieder setzen sich für die Interessen der Führungskräfte Deutschlands, aber auch Russlands und der GUS vor allem durch die Förderung der internationalen Gesinnung und der Toleranz sowie des Völkerverständigungsgedankens zwischen diesen Ländern in der Art eines international orientierten, beruflichen Interessenverbandes ein.

In einer Zeit täglich wachsender Spannungen zwischen Russland und der Ukraine sowie den Staaten der Europäischen Union und der USA tragen wir durch unsere Aktivitäten und direkten Kontakte zur deutsch-russischen Kommunikation bei und helfen, dass wir miteinander im Dialog bleiben. Jetzt melden auch wir uns zu Wort und fordern ein Umdenken im politischen Umgang ein.

Wir sind uns wohl alle einig, dass wir den Zustand des Friedens längst verlassen haben.

### **Wie konnte es so weit kommen?**

Zum Verständnis der Entwicklung der letzten Monate müssen wir deutlich weiter zurückschauen. Am 9. Februar 1990 sagte der damalige amerikanische Außenminister James Baker während der Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung in Moskau: "Das Bündnis werde seinen Einflussbereich ‚nicht einen Inch weiter nach Osten ausdehnen‘, falls die Sowjets der Nato-Mitgliedschaft eines geeinten Deutschland zustimmten". Auf dem Nato-Gipfel im Juli 1997 jedoch wurden die ersten Beitrittsangebote an Polen, Tschechien und Ungarn ausgesprochen, die 1999 der Nato beitraten. Dies war der Anfang einer beispiellosen Osterweiterung der Nato, der mittlerweile 28 Staaten angehören. Um die daraus resultierenden Spannungen mit Russland abzubauen, wurde 2002 der Nato-Russland-Rat ins Leben gerufen. Damit hatte Russland eine Ständige Vertretung bei der Nato, jedoch keinen Einfluss auf die weitere Osterweiterung des Militärbündnisses. Im Zuge des Beitrittsgesuchs Georgiens im Jahre 2008 und des auch daraus resultierenden Kaukasuskrieges wurde die Arbeit des Nato-Russland-Rates am 19. August 2008 ausgesetzt.

Auch der 2005 unter Wiktor Juschtschenko von den USA massiv unterstützte Antrag der Ukraine auf Mitgliedschaft in der Nato führte zu heftigen Spannungen zwischen der Nato und Russland, vor allem wegen der auf der Krim stationierten Schwarzmeerflotte. Nach der Wahl von Wiktor Janukowitsch hat das ukrainische Parlament im Juli 2010 diese Pläne jedoch zu den Akten gelegt und die Bündnisfreiheit des Landes hervorgehoben.

Innerhalb der Ukraine nahmen aber dadurch bedingt die politischen Spannungen weiter zu. Im November 2013 kündigte die ukrainische Regierung an, auch das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union nicht zu unterzeichnen. Dieses Abkommen war das weitreichendste, das die EU jemals mit einem Nichtmitglied ausgehandelt hat. Es stellte die Ukraine aber vor die Wahl, entweder der Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan oder aber der Freihandelszone mit der EU beizutreten. Der russische Präsident Putin hat der Ukraine "Schutzmaßnahmen" angekündigt, falls sich das Land für die Assoziierung mit der EU entscheidet.

Es lassen sich also schon vor Beginn der Proteste auf dem Maidan in Kiew und den Kämpfen in der Ostukraine vielfältige Einflussnahmen auf die Politik der Ukraine feststellen. Die über die letzten beiden Jahrzehnte versteckten Konfrontationslinien zwischen Russland und den westlichen Staaten treten nun offen zum Vorschein. Viele Menschen auf beiden Seiten haben geglaubt, dass sich durch wirtschaftliche Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen, durch zwischenmenschliche Beziehungen und zivilgesellschaftliches Engagement diese Konflikte auflösen lassen. Leider zeigt sich, dass dies nicht der Fall ist. Am 19. März 2014 hob Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf der Jahresversammlung des Deutsch-Russischen Forums das Primat der Politik vor wirtschaftlichen Interessen bei Fragen der Sanktionen hervor. Während diese Aussage im März noch Erstaunen hervorrief, scheint sie jetzt zum allgemeinen Tenor in den deutsch-russischen Beziehungen geworden zu sein. Wir haben uns schon fast daran gewöhnt, dass die Spirale der Eskalation immer weiter voranschreitet. Mit der Sezession der Krim Anfang März 2014 wurden erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Grenzen in Europa in Frage gestellt. Die Sanktionen und Gegenreaktionen nehmen von Tag zu Tag zu. Wir müssen uns im Klaren sein, dass diese Maßnahmen vor allem wirtschaftliche Gründe haben, die nicht nur Russland, sondern auch die europäischen Staaten nachhaltig schädigen. Doch bei all diesen Problemen sollten wir die menschlichen Katastrophen, die vielen Toten und Verletzten in diesem Krieg, in den Vordergrund stellen. Es kann nicht sein, dass wir genau 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges wieder an der Schwelle einer globalen militärischen Auseinandersetzung stehen. Lasst uns alle uns zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, die Konfrontationen zu beenden!

**Nils Knigge**

Vorsitzender des Vorstandes

DRMN e.V.

Deutsch-Russisches Manager Netzwerk e.V.

[www.drmn.org](http://www.drmn.org)